


Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 24.08.2016

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:00 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift	
3.1.	aus der Sitzung vom 18.05.2016	
3.2.	aus der Sitzung vom 01.06.2016	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
4.1.	Dringliche Informationsaufforderung - Zugänglichkeit des Verkehrsamtes für Bürger mit Handicap	1507/16

- BE: Frau Klisch, Fraktion SPD
 hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
 Verkehr und Liegenschaften
- 4.2. Dringliche Informationsaufforderung - Parkausweise für **1614/16**
 Schwerbehinderte im Bürgeramt
 BE: Herr Städter, Fraktion FFP
 hinzugezogen: Beigeordneter Stadtentwicklung, Bau,
 Verkehr und Liegenschaften
5. Informationen
- 5.1. Abrechnung von Sonderzahlungen in Werkstätten für **1283/16**
 Menschen mit Behinderungen
 BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜ-
 NEN; Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
 hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Ge-
 sundheit; Vertreterinnen des Werkstattbeirates des
 Christopheruswerks Erfurt und ihre Vertrauensperson
- 5.1.1. Nachfragen zur DS 1283/16 - Abrechnung von Sonderzah- **1588/16**
 lungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
 BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜ-
 NEN; Frau Tillmann, Fraktion CDU
 hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Ge-
 sundheit
- 5.2. Qualitätsbericht Sucht- und Drogenhilfezentrum SiT **1363/16**
 2015
 BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
 hinzugezogen: Vertreter des Sucht- und Drogenhilfezent-
 rums bei der SiT gGmbH
- 5.3. Qualitätsbericht Ökumenisches Suchthilfezentrum **1364/16**
 (ÖSHZ) 2015
 BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
 hinzugezogen: Vertreter des Trägerverbundes aus Evan-
 gelischer Stadtmission und Caritasverband
6. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom
- 16.12.2015
- 6.1. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 24.02.2016 **2786/15**
 Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK)
 für Flüchtlinge
 BE: Fragesteller Herr Möller, Fraktion SPD

hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Kultur

- 6.1.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses **0415/16**
SAG vom 24.02.2016, Einführung einer elektronischen
Gesundheitskarte (eGK) für Flüchtlinge
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
7. Festlegungen des Ausschusses
- 7.1. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 01.06.2016 **0518/16**
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom
09.03.2016, TOP 4.1 Selbstständige Aufstellung des Ge-
sundheitsamtes - Prüfung der Bereitstellung des Ab-
schlussberichtes der Projektgruppe "Perspektive Gesund-
heitsbereich"
BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister
8. Informationen
- 8.1. Befragung 2016 für den Maßnahmenkatalog zur Stärkung **1501/16**
der ambulanten pflegerischen Versorgung in der Landes-
hauptstadt Erfurt
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜ-
NEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für
Soziales, Bildung und Kultur
- 8.2. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Es lagen folgende Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor:

° Zusätzliche Aufnahme der Drucksache 1507/16

Dringliche Informationsaufforderung – Zugänglichkeit des Verkehrsamtes für Bürger mit Handicap

Eine Begründung der Dringlichkeit wurde seitens der Ausschussmitglieder nicht gewünscht, daher stellte die Ausschussvorsitzende die Aufnahme der dringlichen Informationsaufforderung zur Abstimmung.

Der Aufnahme der Drucksache 1507/16 in die Tagesordnung unter TOP 4.1. stimmten die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

° Zusätzliche Aufnahme der Drucksache 1614/16

Dringliche Informationsaufforderung – Parkausweise für Schwerbehinderte im Bürgeramt

Eine Begründung der Dringlichkeit wurde seitens der Ausschussmitglieder nicht gewünscht, daher stellte die Ausschussvorsitzende die Aufnahme der dringlichen Informationsaufforderung zur Abstimmung.

Der Aufnahme der Drucksache 1614/16 in die Tagesordnung unter TOP 4.2. stimmten die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

3. Genehmigung der Niederschrift

3.1. aus der Sitzung vom 18.05.2016

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2

3.2. aus der Sitzung vom 01.06.2016

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2

4. Dringliche Angelegenheiten

- 4.1. Dringliche Informationsaufforderung - Zugänglichkeit des Verkehrsamtes für Bürger mit Handicap 1507/16
BE: Frau Klisch, Fraktion SPD
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Auf Vorschlag der Ausschussvorsitzenden, Frau Rothe-Beinlich, und mit Zustimmung der Ausschussmitglieder wurden die TOP 4.1 und 4.2. gemeinsam behandelt.

Frau Dr. Klisch, Fraktion SPD, erläuterte den Hintergrund für ihre Fragestellung und bat um Beantwortung ihrer Fragen.

Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, gab weitergehende Informationen und berichtete aus persönlichen Erfahrungen.

Aus der schriftlich ausgereichten Beantwortung des Tiefbau- und Verkehrsamtes ging hervor, dass es sich bei der geschilderten Situation um einen Einzelfall handelt.

Die ehrenamtliche Beigeordnete, Frau Landherr, stellte fest, dass der sich abzeichnende Widerspruch in der Beantwortung in der heutigen Sitzung des Ausschusses nicht auflösbar ist. Sie sagte zu, die Problematik in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters anzusprechen und eine Klärung herbeizuführen.

Die Ausschussvorsitzende fasste die Diskussion zusammen und bekräftigte, dass eine Lösung erwartet wird, die auch menschenwürdig für die betroffenen Bürger mit Handicap sein muss.

Die Tagesordnungspunkte 4.1. und 4.2. werden erneut in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 02.11.2016 behandelt.
Hierzu werden Vertreter des Tiefbau- und Verkehrsamtes hinzugezogen.

vertagt

- 4.2. Dringliche Informationsaufforderung - Parkausweise für Schwerbehinderte im Bürgeramt 1614/16**
BE: Herr Städter, Fraktion FFP
hinzugezogen: Beigeordneter Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

siehe Ausführungen zu TOP 4.1.

vertagt

5. Informationen

- 5.1. Abrechnung von Sonderzahlungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen 1283/16**
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN; Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit; Vertreterinnen des Werkstattbeirates des Christopheruswerks Erfurt und ihre Vertrauensperson

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, begrüßte die anwesenden Gäste des Werkstatttrates des Christophorus Werkes.

Auf ihren Vorschlag hin und mit Zustimmung der Ausschussmitglieder wurde die Drucksache 1282/16 gemeinsam mit der Drucksache 1588/16 *Nachfragen zur DS 1283/16 - Abrechnung von Sonderzahlungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen* (TOP 5.1.1.)¹ behandelt.

¹ Ein Statement der stellv. Vorsitzenden des Werkstatttrates der Zweigwerkstatt des CWE liegt als Anlage der Niederschrift bei.

Da es keinen Widerspruch zum Rederecht für die anwesenden Gäste gab, ergriff die stellvertretende Vorsitzende des Werkstattrates der Zweigwerkstatt des Christopheruswerks das Wort.

Sie erläuterte die Situation bezüglich der Situation der Grundsicherungsempfänger. Die von ihnen erwirtschafteten Sonderzahlungen werden auf die Grundsicherung angerechnet, d.h. sie kommen den Grundsicherungsempfängern nicht zu Gute.

Frau Tillmann, CDU-Fraktion, hatte weitergehende Nachfragen, die durch den Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit, Herrn Kläser beantwortet wurden.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., bestätigte, dass die Sonderzahlungen durch die Stadt selbst und nicht wie die Grundsicherung durch den Bund finanziert werden müssen.

Frau Rothe-Beinlich nahm die Anregung auf, das gesamte Verfahren durch das Rechtsamt prüfen zu lassen. Sie stellte fest, dass es seitens der Ausschussmitglieder den Willen gibt, die Sonderzahlungen im städtischen Haushalt zu planen. Parallel hat sie bereits in dieser Angelegenheit beim Land nachgefragt.	DS 1746/16
--	---------------

Herr Mroß, SPD-Fraktion, unterstützt die rechtliche Prüfung und insbesondere die Prüfung der Möglichkeiten, diese in den Kontext mit dem Haushalt zu setzen.

Herr Möller, SPD-Fraktion, hinterfragte bekannte, vergleichbare Fälle in anderen Werkstätten. Die Problematik sollte im Rahmen der Haushaltsdiskussion dargestellt werden.

Frau Dr. Klisch, SPD-Fraktion, kritisierte die Aussage, wonach Herr Kläser gegenüber dem Werkstattrat nicht gesprächsbereit gewesen wäre. Sie erwartet ein klares Statement in dieser Angelegenheit.

Herr Kläser, Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit, wies diesen Vorwurf zurück und erläuterte den Sachverhalt. Eine entsprechende Anfrage sei nie bei ihm angekommen. Er verwies auf ein Problem innerhalb des Christopheruswerks.

Frau Rothe-Beinlich regte ein direktes Gespräch zwischen Herrn Kläser und Vertretern des Christopheruswerks an.

Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, mahnte die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, insbesondere bei der Frage des Mindestlohnes ein.

Frau Tillmann, CDU-Fraktion, stellte fest, dass eine Erstattung der Personalkosten erfolgen muss. Sie verwies auf das Bundesteilhabegesetz und wird die Anregungen entsprechend mitnehmen.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, fasste die Diskussion wie folgt zusammen:

° Die Ausschussmitglieder bedankten sich bei den Gästen, dass sie offen über ihr Anliegen informiert und um Unterstützung gebeten haben.

° Die UN-Behindertenrechtskonvention muss zur Umsetzung kommen.

° Das Rechtsamt wird gebeten, das Verfahren zu prüfen und zu erläutern, ob vor dem Hintergrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes auch andere Gruppen betroffen sind.

° Das Thema kann heute nicht abschließend behandelt werden und sollte am 02.11.2016 erneut auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung gesetzt werden.

Die Vertreter des Christopheruswerks bzw. des Werkstatrates, sind erneut herzlich eingeladen.

° Das Angebot des Werkstatrates zur Besichtigung der Werkstätten wurde dankend angenommen.

vertagt

5.1.1. Nachfragen zur DS 1283/16 - Abrechnung von Sonderzahlungen in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen 1588/16
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN; Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit

s. TOP 5.1.

vertagt

5.2. Qualitätsbericht Sucht- und Drogenhilfezentrum SiT 2015 1363/16
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Vertreter des Sucht- und Drogenhilfezentrums bei der SiT gGmbH

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, schlug vor, die Tagesordnungspunkte 5.2 und 5.3 gemeinsam zu behandeln. Dem Vorschlag stimmten die Ausschussmitglieder zu.

Frau Rothe-Beinlich begrüßte die zu diesen TOP anwesenden Gäste des Sucht- und Drogenhilfezentrums bei der SiT gGmbH und des Trägerverbundes aus der Evangelischen Stadtmission und Caritasverband.

Den Gästen wurde einvernehmlich das Rederecht erteilt.

Frau Dr. Klisch, SPD-Fraktion, bedankte sich ausdrücklich für die vorliegenden Berichte. Sie hatte Nachfragen zur veränderten Drogenlandschaft in der Stadt Erfurt, die durch die Vertreterin der SiT gGmbH umfassend beantwortet wurden. Die Droge Crystal ist leicht erhöht feststellbar und bildet nach wie vor die stärkste Gruppe bei den Drogen. In diesem Zusammenhang ist auch eine Erhöhung der psychiatrischen Begleiterkrankungen festzustellen.

Herr Prof. Dr. Dr. habil. Hartmann, den Frau Rothe-Beinlich an dieser Stelle als neuen sachkundigen Bürger begrüßte, hatte Nachfragen zu den tabellarischen Darstellungen in dem Qualitätsbericht des ÖSHZ. Diese wurden ihm erläutert und seine Hinweise entgegengenommen.

Herr Städter, Fraktion FFP, hat um Informationen bezüglich der Altersstrukturen der Suchterkrankten. Seitens der Vertreterin der SiT wurde für die Hinweise gedankt, gern kann sie die entsprechenden Zahlen nachreichen. Sie sagte zu, dass diese Angaben in die nächste Berichterstattung aufgenommen werden.

Herr Mroß, SPD-Fraktion, bedankte sich für die vorgelegten Berichte und fragte nach der Zusammenarbeit mit dem Jobcenter/Fallmanagern. Die Vertreterin der SiT gGmbH konnte eine perfekte Zusammenarbeit insbesondere in der fallbezogenen Arbeit bestätigen.

Frau Rothe-Beinlich hatte eine Nachfrage zum Wegfall der Stelle im Sucht- und Drogenhilfezentrum. Die Situation wurde erläutert und darauf hingewiesen, dass diese Stelle nicht mehr gefördert wird. Hierzu gibt es trägerinterne Gespräche.

Der Vertreter des Trägerverbundes Evangelische Stadtmission und Caritasverband stellte abschließend fest, dass in Erfurt ein sehr gutes Betreuungsnetz mit relativ wenigen Problemen besteht. Er bedankte sich an dieser Stelle für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung.

Die Ausschussvorsitzende bedankte sich im Namen der Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung für die geleistete Arbeit und das gute Miteinander.

zur Kenntnis genommen

- 5.3. Qualitätsbericht Ökumenisches Suchthilfezentrum (ÖSHZ) 1364/16
2015
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit
hinzugezogen: Vertreter des Trägerverbundes aus Evangelischer Stadtmission und Caritasverband

s. TOP 5.3.

zur Kenntnis genommen

6. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom
16.12.2015

- 6.1. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 24.02.2016 2786/15
Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK)
für Flüchtlinge
BE: Fragesteller Herr Möller, Fraktion SPD
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Der TOP 6.1. wurde gemeinsam mit dem TOP 6.1.1. aufgerufen und behandelt.

Der Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit, Herr Kläser, informierte zum Entwurf der Vereinbarung zwischen der Stadt und den Krankenkassen. Die Vereinbarung ist noch nicht unterschrieben und soll voraussichtlich zum 01.01.2017 in Kraft treten. Bisher ist noch nicht klar, welche Krankenkasse der Stadt zugeordnet wird.

Herr Möller, SPD-Fraktion, hatte Nachfragen hinsichtlich der Fallzahlen, nach den abrechenbaren Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz und zur Landesvereinbarung.

Herr Kläser stellte dar, dass die Voraussetzung zur Behandlung von Asylbewerben die Gesundheitskarte ist. Bedingung hierfür ist die entsprechende Landesvereinbarung. Nach aktuellem Stand sind 687 Personen bekannt, perspektivisch wird allerdings mit einem Rückgang der Anzahl gerechnet. Er verwies auf einen Katalog, in dem künftig alle Leistungen aufgeführt sind.

Frau Tillmann, CDU-Fraktion, merkte an, dass der Katalog auf Landesebene erstellt werden muss. Die Finanzierung muss durch das Land erfolgen. Es sind darüber hinaus alle Krankenkassen an den Kosten zu beteiligen.

Frau Rothe-Beinlich informierte, dass die Verhandlungen auf Landesebene noch laufen, alle Krankenkassen müssen in die Pflicht genommen werden!

Sie bot an, eine entsprechende Anfrage zur Kostenentwicklung beim Land zu stellen. Hierbei geht es nur um die rückwirkenden Kosten – mit Einführung der Gesundheitskarte werden die Kosten komplett durch das Land übernommen.

Darüber hinaus schlug sie vor, das Thema Anfang 2017 erneut auf die Tagesordnung einer Ausschusssitzung zu nehmen.

Diesem Verfahrensvorschlag stimmten die Ausschusmitglieder einstimmig zu.

vertagt

- 6.1.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses SAG vom 24.02.2016, Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Flüchtlinge
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit 0415/16

s. TOP 6.1.

vertagt

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Vertagung aus der Sitzung SAG vom 01.06.2016
Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des SAG vom 09.03.2016, TOP 4.1 Selbstständige Aufstellung des Gesundheitsamtes - Prüfung der Bereitstellung des Abschlussberichtes der Projektgruppe "Perspektive Gesundheitsbereich"
BE: Leiterin Bereich Oberbürgermeister 0518/16

Die ehrenamtliche Beigeordnete, Frau Landherr, erläuterte, dass die Prüfung des Sachverhaltes stattgefunden hat und die Aussagen in der vorliegenden Stellungnahme der Stadtverwaltung zu akzeptieren ist.

Herr Engemann, sachkundiger Bürger, regte an, den Oberbürgermeister persönlich in den Ausschuss SAG zu laden.

Die Stellungnahme der Verwaltung sei rechtlich zu akzeptieren, bietet jedoch aus seiner Sicht keine stichhaltige Argumentation und bittet daher um eine inhaltliche Diskussion.

Frau Tillmann, CDU-Fraktion, bewertet die Stellungnahme als kritisch ("Dinge, welche die Stadträte nichts angehen!").

Herr Möller, SPD-Fraktion, bat darum, die zuständige Beigeordnete in dieser Angelegenheit zu befragen.

Frau Landherr bekräftigte ihre obige Aussage – die rechtliche Prüfung sei nun mal da! Dennoch wird sie den Hinweis an den Oberbürgermeister weiterleiten.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, gab zu Bedenken, dass es um die Ausrichtung der künftigen Arbeit des Gesundheitsamtes geht! Sie unterstützt den Vorschlag von Frau Landherr, das Problem nochmals dem Oberbürgermeister zu übermitteln.

vertagt

8. Informationen

- 8.1. **Befragung 2016 für den Maßnahmenkatalog zur Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung in der Landeshauptstadt Erfurt** 1501/16
BE: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Herr Möller, SPD-Fraktion, bat vor dem Hintergrund der Familienförderung in der Stadt um Prüfung, inwieweit eine Familienbefragung geplant ist und inwieweit die Befragung auch dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung gestellt werden kann.	DS 1747/16
--	---------------

zur Kenntnis genommen

8.2. Sonstige Informationen

Es gab keinen weiteren Informationsbedarf.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzender

gez. 
Schriftführer/in